

Blum, Ulrich

Article
Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich (2009) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 15, Iss. 4, pp. 150-150

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143710>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

Hat der Staat mit dem „Enteignungsgesetz“ den Rubikon überschritten? „Alea iacta est“, die Würfel sind geworfen – noch nicht gefallen, man kann noch zurück. Aber auch Cäsar kehrte nicht um, er stellte die Systemfrage! Es gab frühzeitig eine Vielzahl ordnungsökonomisch verträglicher Vorschläge, beispielsweise einer „chirurgischen Abspaltung mit strategischer Insolvenz“ aus dem IWH, wie das Problem Hypo Real Estate (HRE) bewältigt werden könnte, die auch in Berlin weiterentwickelt wurden. Aber die drastische Sicht der Dinge hat sich durchgesetzt.

Wichtigste gegenwärtige Aufgabe wird es sein, künftige Übertreibungen beim Eingriff in die Marktkräfte – der Staat kann und darf alles – einzudämmen. Denn die Herausforderungen werden noch wachsen: Bleibt die bisherige Geldpolitik weitgehend unwirksam, dann wird sich die Frage nach dem Einsatz unkonventioneller Instrumente stellen, die im angelsächsischen Bereich bereits genutzt werden. Falls Staaten in Schieflage gerieten, müssten Summen bewegt werden, die ein Mehrfaches der Anstrengung zur Rettung der HRE betragen.

Wenn marktwirtschaftliche Ordnungen mit der Gesellschaftsordnung über ihre Wertebasis verschränkt sind, dann muss man sich auch Sorgen um die gesellschaftliche Entwicklung der in Not geratenen Länder vor allem im europäischen Raum – teils EU- und Euro-Mitglied, teils außerhalb – machen. Auch die starken Länder sind Auslöser der für die Krise ursächlichen fundamentalen Ungleichgewichte zwischen Ersparnis und Verschuldung sowie Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten; Länder wie Deutschland müssen ein zentrales Interesse haben, jene Länder gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Dies beginnt bei den östlichen EU-Reformstaaten, betrifft aber insbesondere Russland. Denn Rohstoffpreisverfall und Rubelabwertung stellen das gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklungskonzept in Frage: Die Rohstoffpreis- und Rubelhausse führte auch angesichts des weitgehend veralteten Kapitalstocks zur beschleunigten Des-Industrialisierung. Heute fehlt die Eigenproduktion – und viele bestellte neue Anlagen sind derzeit unbezahlbar. Sie sind aber unverzichtbar, um die industrielle Basis zu verbreitern und das Land zu modernisieren. Bereits ein Drittel der Währungsreserven und der Mittel im Aufbaufonds sind abgeschmolzen – bei einer Auslandsverschuldung der russischen Banken und Unternehmen in ähnlicher Größenordnung.

Die Kernländer Europas und die USA müssen nicht nur ihre eigenen Probleme lösen, massive Hilfe ist auch für ihre wirtschaftlichen Nachbarn angesagt, um nicht nur deren Wirtschaft, sondern auch deren Gesellschaften zu stabilisieren. Hier schließt sich der Kreis: Wenn das ökonomische und das gesellschaftliche System verschränkt sind, dann ist die ordnungspolitische Vorbildfunktion ein Muss.

Ulrich Blum, Präsident des IWH